

NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

Oktober 2006

www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,

der inhaltliche Schwerpunkt dieses Netztelegramms steht schon ganz im Focus der kommenden Netzversammlung sowie des Jahres 2007: Das Thema Flucht, Migration und die Politik von EU und G8 werden uns sowohl bei der Netzversammlung am 11. November diesen Jahres (Einladung s. letzte Seite) beschäftigen als auch in Vorbereitung auf den G8-Gipfel, der im Juni 2007 in Heiligendamm tagt.

Für die Netzversammlung haben wir mit Karl Kopp, dem Europareferenten von Pro Asyl, einen Referenten gewonnen, der uns Einblick in den aktuellen Stand der Migrationsproblematik und in die Auswüchse der EU-Migrations-Verhinderungs-Politik geben wird. Was wir mit diesen Informationen machen und wie wir sie eventuell in ein Bündnis anlässlich des G8-Gipfels einfließen lassen, werden wir im zweiten Teil der Netzversammlung überlegen.

Sabine Teren Wiesel

Inhalt

Fluchtursachen schaffen, Flüchtlinge bekämpfen	1
Abschiebung statt bleiben – in der „Stadt zum Bleiben“	3
Materialien	3
Flüchtlingsfreie Zone	3
Nach dem Israel-Libanon-Krieg	4
Barrikaden und Proteste	5
Treffen der G8: Heiligendamm 2007	6
Veranstaltungen in der Region	7
Einladung zur Netzversammlung	8

Fluchtursachen schaffen, Flüchtlinge bekämpfen.

Die Sicherheitspolitik von EU und G 8

Am 1. 1. 2007 übernimmt die deutsche Regierung die EU-Ratspräsidentschaft sowie den Vorsitz der „Großen 8“ (G 8), der sieben mächtigsten Industriestaaten plus Russland. Die EU sowie die G 8 haben als „Dauerbrenner“ die Themen Globalisierung und Sicherheit auf ihrer Agenda: Grenzen für Waren und Kapital bauen sie zunehmend ab. Die Hürden für Menschen, die vor den Folgen dieser Politik flüchten, türmen sie dagegen immer höher auf.

Weltweit fliehen Menschen vor Armut und Hunger – auf der Suche nach Möglichkeiten der Existenzsicherung und einem besseren Leben. Allein in Afrika sind ca. 18 Millionen Menschen unterwegs, bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 900 Millionen Menschen. Sie fliehen vor politischen Konflikten, die auch eine Folge willkürlicher Grenzziehungen durch die europäischen Kolonialmächte sind. Und sie fliehen vor den Folgen einer neoliberalen Globalisierung, die in vielen Ländern Afrikas Verarmung und Elend produziert. Sie wollen in den „reichen Süden“ des Kontinents oder nach Norden, nach Europa.

Migration als Selbsthilfe

Vor einem Jahr gingen die Bilder vom Sturm auf die Grenzzäune von Ceuta und

Melilla um die Welt. Seit Januar 2006 vergeht kaum eine Woche, kaum ein Tag ohne Nachrichten über die Ankunft von Bootsflüchtlings auf den kanarischen Inseln, auf Lampedusa, auf Kreta ... Niemand weiß, wie viele Menschen sich auf den Weg nach Europa gemacht haben und noch machen werden. Niemand weiß, wie viele Menschen auf diesem Weg ihr Leben verlieren. Sicher ist aber, dass die Zahlen wachsen. Und sicher ist, dass es für viele afrikanische Familien und Gemeinschaften eine Überlebensfrage ist, ob sie jemanden nach Europa „durchbringen“, der seine Familie zu Hause finanziell unterstützen kann: Der Geldtransfer der weltweit ca. 200 Millionen MigrantInnen in ihre Heimatländer erreichte im Jahr 2005 die Summe von knapp 200 Milliarden US-\$ - und überstieg damit die öffentlich geleistete Ent-



„Bewegungsfreiheit gegen globales Migrations-Management.“

Sozialforum 2004, London

Foto: www.indymedia.org/uk

wicklungshilfe in Höhe von insgesamt 80 Milliarden US-\$ fast um das Zweieinhalbfache (Quelle:Weltbank).

Migration trägt durch diesen Geldtransfer zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern bei.

Arbeit um jeden Preis

Der Preis aber, den viele MigrantInnen für die Existenzsicherung ihrer Familien zahlen müssen, ist hoch: Da sie in den Zielländern in der Regel nicht erwünscht sind, nehmen viele gefährliche Wege in Kauf, um anschließend ein Leben in Illegalität und ständiger Unsicherheit zu führen. 10 – 15% der MigrantInnen besitzen laut Internationaler Arbeitsorganisation (2004) einen „irregulären Status“. Dementsprechend leiden sie unter schlechtesten, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen: Sie stechen Spargel, ernten Tomaten, putzen Privatwohnungen oder öffentliche Gebäude, pflegen alte oder kranke Menschen oder prostituieren sich – zu niedrigsten Löhnen (z.B. 20 Cent pro Stunde in den spanischen Gemüseanbauzentren), in der Regel ohne Arbeitsverträge, ohne Gewerkschaftsrechte bei überlangen Arbeitszeiten.

Die Nützlichen ins Töpfchen, die Unnützen ins...

Während die Vereinten Nationen und die Internationale Arbeitsorganisation beginnen, die zunehmende Migration von Entwicklungsländern in die reichen Staaten wahrzunehmen und mit Überlegungen zur sozialen Absicherung dieser „WanderarbeiterInnen“ beginnen, verweigern die reichen Staaten genau dies. Sie verfahren mit den immer noch (abfällig) so genannten „Wirtschafts-“ oder „Armutsfüchtlingen“



nach dem Nützlichkeitsprinzip: MigrantInnen, die dem eigenen Wirtschaftsraum nützen (vor allem Fachkräfte), dürfen legal einreisen. Für alle anderen werden die Hürden hochgelegt: Sie werden vor den Grenzen Europas abgefangen, in externe Auffanglager gesteckt, an der Weiterreise gehindert u.a. durch den europäischen Grenzschutz FRONTEX. Sie werden innerhalb Europas in Abschiebehaft genommen, abgeschoben, kriminalisiert, entrechtet.

Die Menschen, die trotz dieser Hürden Europa erreichen, leben zu großen Teilen als sog. „Illegale“ hier. Für Deutschland gehen Schätzungen von 500.000 – 1. Mio. „Illegalen“ aus, in der EU leben mehrere Millionen Menschen illegal. Wohl kaum ein PolitikerIn wird es laut sagen, aber auch die „Illegalen“ sind – in Maßen - durchaus nützlich: Sie arbeiten zu jedem Preis und stellen weder soziale noch rechtliche Ansprüche an ihre Aufnahmeländer. Als williges und billiges Arbeitskräftereservoir dienen sie dem Arbeitgeber-Ruf nach noch niedrigeren Löhnen. Sie sind nicht nur nützlich für die Senkung von Produktionskosten in arbeitsintensiven Bereichen, sondern auch für den Abbau sozialstaatlicher Rechte: Wo „Illegale“ ungesichert zu niedrigsten Löhnen arbeiten und ausgebeutet werden, wird schnell jede ungesicherte Beschäftigung egal zu welchen Löhnen auch für legal hier Lebende als „zumutbar“ erklärt. Die logische Folge ist die Diskriminierung als „faul“ bei Ablehnung einer als unzumutbar empfundenen Beschäftigungsmöglichkeit sowie die Kürzung staatlicher Sozialleistungen.

Letztendlich „schützt“ also das rigide Grenzregime nicht, wie behauptet, „Einheimische“ vor der „Billig-Konkurrenz“ durch (illegale) MigrantInnen in den arbeitsintensiven Bereichen. Im Gegenteil: Es trägt zur Spaltung der Gruppen bei, die im Niedriglohnssektor oder außerhalb des regulären Arbeitsmarktes ihre Existenz zu sichern versuchen und verhindert so Solidarität unter denen, die ob als MigrantInnen oder als „einheimisch“ Ausgegrenzte um ihre Lebensgrundlagen kämpfen.

Illegal sind nicht die Menschen ...

Nicht nur inhuman, sondern auch zynisch ist die Abschottungspolitik, die die EU im Konzert der G 8 betreibt, wenn man erkennt, dass EU und G 8 durch die Kolonialgeschichte sowie durch ihre aktuelle Wirtschaftspolitik die ökonomischen Flucht- und Migrationsgründe selber schaffen bzw. verstärken:

- Wenn im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen die Erhöhung der Deviseneinnahmen eines Landes durch Steigerung der Exporte klassischer „Kolonialwaren“ wie Baumwolle, Kaffee oder Kakao erfolgen soll, dann wird immer mehr Menschen fruchtbares Land für den Anbau von Grundnahrungsmitteln weggenommen.
- Wenn die EU ihren Bedarf an Fisch in den Fischfanggründen Westafrikas deckt und so den lokalen Fischern die Existenzgrundlage nimmt, dann wandern diese Fischer aus oder wechseln die Branche: Sie setzen ihre Boote im Geschäft mit der Flucht ein.

„Illegal sind nicht die Menschen, illegal ist eine staatliche Praxis, die Menschen als „Illegale“ abstempelt und ausschließt.“

Komitee für Grundrechte und Demokratie

- Wenn die EU und die USA durch ihre Agrarsubventionen den afrikanischen Baumwollbauern, Geflügelzüchtern etc. die Existenzgrundlage nehmen, dann schaffen sie so Fluchtursachen.
- Wenn im Rahmen der Welthandelsorganisation die Industrieländer den Entwicklungsländern Liberalisierungsmaßnahmen aufzwingen, die viele junge Industrien in die Knie zwingen, dann tragen die Industrieländer Verantwortung für Verarmung und Flucht.

Dass sie dieser Verantwortung mit einem immer ausgefeilteren Abschottungssystem gerecht werden können, glaubt wohl niemand mehr. Im Gegenteil: Mit ihrem Grenzregime bekämpft die EU Flüchtlinge statt der von ihr geschaffenen Fluchtursachen. Sie handelt dabei in doppeltem Sinne menschenverachtend: Sie hört nicht bzw. erstickt den Schrei der Menschen, die in Not sind. Und sie übernimmt keine Verantwortung für massenhafte Flucht als Folge der Durchsetzung europäischer Interessen in den Herkunftsländern.

Eine alternative Politik ist nötiger denn je. Sie muss neben Legalisierungsprogrammen in den Industrieländern handels- und wirtschaftspolitische Maßnahmen umfassen, die nicht Flüchtlinge bekämpfen, sondern Fluchtursachen in den Herkunftsländern abschaffen.

Sabine Ferenschild

Abschiebung statt bleiben – in der „Stadt zum Bleiben“

Koblenz. – Die seit zehn Jahren in Koblenz lebende kurdische Familie Yildirim steht kurz vor der Abschiebung. In einer Stadt, die für sich selbst mit dem Slogan „Koblenz – eine Stadt zum Bleiben“ wirbt, wirkt das zynisch. Der Familie Yildirim, die seit 10 Jahren in Deutschland Zuflucht sucht und deren 3 Kinder hier geboren sind, droht nun weiterhin eine ungewisse Zukunft.

Der UnterstützerInnenkreis der Familie, die Initiative Zuflucht und zahlreiche kirchliche Organisationen zeigten sich betroffen, dass auch die Härtefallkommission des Landes keinen Grund sieht, von einer Abschiebung abzusehen. Da im November 2006 neue Entscheidungen zum Bleiberecht lange hier lebender geduldeter Flüchtlinge erwartet werden, setzen sich die unterstützenden Organisationen für eine Möglichkeit ein, dass die Familie weiter in Koblenz bleiben kann. Durch Initiative aus dem Raum der Kirche wurde eine Arbeitsmöglichkeit für den Vater der Kinder gefunden, den bei Rückkehr in die Türkei zudem ein Strafverfahren wegen Kriegsdienstverweigerung erwartet.

Am „Tag des Flüchtlings“, am 29.09.2006, wurden in einem Schweigemarsch und einem ökumenischen Gottesdienst das Problem der langjährig Geduldeten aufgegriffen.

Am 16. November tagt in Nürnberg die Bundesinnenministerkonferenz, die sich mit der Bleiberechtsregelung für langjährig hier Lebende auseinandersetzen wird. Warum wird eine Koblenzer Familie einen knappen Monat vor einer eventuellen Neuregelung abgeschoben, die ihr vielleicht ein Bleiberecht gewährt?

Im Februar 2006 wies die Initiative Zuflucht/Koblenz daraufhin, dass es in Koblenz Anfang 2006 genau 163 „Geduldete“ gab, die einen Anteil von 0,163 % an der Gesamtbevölkerung stellten. 2004 zählte die Stadt 146 EmpfängerInnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die im Durchschnitt pro Jahr nicht einmal 5.000 Euro erhielten.

Weitere Infos:
Initiative Zuflucht, c/o Werner Huffer-Kilian,
St. Josef Str. 20, 56068 Koblenz



Demonstration gegen das Ausreisezentrum in Trier am 10.3.2006,

Quelle: <http://www.asyl-rlp.org/>

Flüchtlingsfreie Zone

Deutschland und zunehmend auch die EU betreiben eine Politik, die Europa zu einer flüchtlingsfreien Zone zu machen droht.

Die Asylzahlen in Deutschland und Europa befinden sich im freien Fall. In den 25 Staaten der Europäischen Union wie in Gesamteuropa wurde 2005 die niedrigste Zahl von Asylsuchenden seit 1988 gezählt. In Deutschland handelt es sich sogar um die niedrigste Zahl seit 1983. Der drastische Rückgang der Zahl der Asylsuchenden in Europa im letzten Jahrzehnt beruht vorrangig darauf, dass seit einem Vierteljahrhundert die Zugangsmöglichkeiten nach Europa zunehmend versperrt worden sind.

Die Drittstaatenregelung in Deutschland war der Anfang. Heute versteht sich ganz Europa als Kontinent, der die Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen den Nachbarstaaten und Nachbarregionen aufbürden will. Die vom Europäischen Parlament kritisierte EU-Asylverfahrensrichtlinie ist hierzu ein Instrument. Es besteht die Gefahr, dass Flüchtlinge an den Grenzen in Drittstaaten zurückgewiesen werden, die alles andere als sicher sind. Hierbei werden elementare Prinzipien des Rechtsstaats verletzt. Ein effektiver Rechtsschutz ist nicht möglich. (...)

28.914 Personen haben in Deutschland im letzten Jahr noch Asyl beantragen können. Angesichts der Tatsache, dass politische und ethnische Verfolgung, Kriege und andere Fluchtgründe nicht abgenommen haben, bedeutet dies: Deutschland war und ist nicht willens, seinen Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen zu leisten.

Ganze 411 Personen haben noch den Status der Asylberechtigten erhalten (bei 48.102 Entscheidungen insgesamt).

Aus einer „Kritischen Beschreibung der Sachstände“ von Pro Asyl (7.9.2006) www.proasyl.de

Materialien

Gefährlicher Transit. Die afrikanische Wanderung nach Europa

Im Zeichen der Globalisierung und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich nimmt die Wanderungsbewegung über alle Grenzen zu. Das Mittelmeer gehört dabei als Barriere zwischen Afrika und Europa zu den Brennpunkten dieses Aufbruchs um jeden Preis.

Auf zwei CDs dokumentiert der Deutschlandfunk die Migrationsströme von Süd nach Nord.

2 CDs mit Booklet (8 Seiten).
Laufzeit 103 min., 14 Tracks, 2006



Gefährlicher Transit
Die afrikanische Wanderung nach Europa

ZEITGESCHICHTE

Deutschlandfunk

Der Lagerkomplex. Flüchtlinge, Bramsche-Hesepe und die Freiwillige Ausreise

DVD. Spieldauer ca. 104 Minuten, hg. v. Flüchtlingsrat Niedersachsen

Die äußeren Grenzen Europas werden immer undurchlässiger für Menschen, die sich auf der Flucht befinden oder zu Migration gezwungen sind.

Doch auch innere Grenzen existieren, die nicht weniger schwierig zu überwinden sind... Die DVD „Der Lagerkomplex“ zeigt eine dieser inneren Grenzen: das Lager Bramsche-Hesepe, Deutschlands größtes Abschiebelager mit dem Schwerpunkt der sog. Freiwilligen Ausreise.

„Der Lagerkomplex“ lässt Menschen erzählen, was Lagerleben bedeutet. Dabei zeichnet sich ein Bild ab, bei dem der Ausnahmezustand die Normalität beschreibt.

Beide Materialien können im Medienladen Koblenz ausgeliehen werden:

Medienladen Koblenz, Kurt-Esser-Haus, Marktbildchenweg 38 (Nähe Bahnhof)

Nach dem Israel-Libanon-Krieg - vor dem Iran-Krieg?

Zur deutschen Beteiligung am UN-Einsatz im Libanon und dessen Kontext

VON CLEMENS RONNEFELDT

Nachdem US-Außenministerin Condoleezza Rice zu Beginn des Israel-Libanon-Krieges dessen zügige Beendigung mit der Begründung ablehnte, es handelte sich bei den Bombardierungen um „Geburtswehen“ bei der Herausbildung eines neuen Nahen und Mittleren Ostens, stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es ein israelischer Krieg mit US-Unterstützung war - oder eher ein US-Krieg zur Erreichung größerer Ziele, der in Absprache mit der US-Regierung von den israelischen Streitkräften durchgeführt wurde.

Der US-Starjournalist Seymour Hersh berichtete im August 2006 in der Zeitschrift „New Yorker“, die US-Luftwaffe habe seit dem Frühjahr 2006 an Jerusalem Geheimdienstkenntnisse geliefert und planerischen Beistand geleistet. Ziel sei die Zerstörung von Bunkern und Tunnelanlagen der Hisbollah gewesen, die angeblich von iranischen Ingenieuren mitentworfen wurden. Washington habe sich vom Krieg im Libanon Erkenntnisse über einen eventuellen Militärschlag gegen Teherans unterirdische Atomanlagen erhofft. Allerdings würden sich führende Generäle aller US-Teilstreitkräfte den bisherigen Militärplanungen für Luftangriffe auf iranische Atomanlagen massiv widersetzen. Die Offiziere fürchteten, der Abwurf von Präzisionsbomben aus der Luft werde nicht genügen und unweigerlich den Einsatz von US-Bodentruppen nach sich ziehen. Inzwischen diene Israels Erfahrung im Libanon den internen Kritikern im Pentagon sogar als warnender Beleg für ein solches Szenario.

Ein US-Langzeitplan?

Wer zu nah vor einem Bild steht, wird kaum wirklich begreifen können, was er oder sie da sieht. Wer ein paar Schritte zurücktritt, erkennt sehr viel angemessener, was dieses Bild aussagen möchte. Nach den Ereignissen des 11. September 2001, deren offizielle Version in den letzten fünf Jahren erhebliche Glaubwürdigkeitsrisse bekommen hat, kündigte der damalige stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz das „Beenden von Staaten“ an, die den internationalen

Terrorismus unterstützen. Vieles deutet derzeit auf einen US-Langzeitplan hin, wonach den Kriegen in Afghanistan, Irak und Libanon bald Regimewechsel in Iran und Syrien folgen.

Zum UN-Einsatz

Die 1000 Soldaten für die neue UNIFIL-Truppe, die Malaysia stellen möchte, wurden von der israelischen Regierung abgelehnt, weil Malaysia Israel nicht anerkannt hat und daher nicht neutral sein könne.

Eine eigentlich notwendige Neutralität der Bundeswehr gegenüber den Kriegsparteien im künftigen Libanon-Einsatz gibt es allerdings nach jüngeren Äußerungen des israelischen Ministerpräsidenten ebenso wenig. Ehud Olmert wünschte ausdrücklich die Beteiligung deutscher Soldaten; es gebe zurzeit keine Nation, die sich Israel gegenüber freundschaftlicher verhalte als Deutschland.

Während die UN-Resolution 1701 die Souveränität des Staates Libanon betont, hat die Bundesregierung ihren geplanten Einsatz im Libanon lange vor einer notwendigen Anfrage der libanesischen Regierung massiv forciert. Verteidigungsminister Jung sprach frühzeitig von einem „Kampfeinsatz“, der SPD-Vorsitzende Kurt Beck forderte, die deut-

schen Soldaten nicht als „zahnlose Tiger“ loszuschicken.

Mit der versuchten - wenngleich nicht komplett gelungenen - Vernichtung des Militärpotentials der Hisbollah im Libanon und der Stationierung von Soldaten, vorwiegend aus Nato-Staaten haben die US- wie die israelische Führung gute Vorbedingungen für die nun aus ihrer Sicht eigentlich wichtigen weiteren Schritte.

Nach der Zusage der Bundesregierung, Soldaten zur Sicherung der Seegrenzen in den Libanon zu entsenden, stellt sich die weitreichende Frage, ob diese nicht als Kriegs-Alliierte an der Seite Washingtons und Jerusalems zur Vorbereitung der möglicherweise kommenden Syrien- und Iran-Kriege zu bezeichnen sind. Sollte es zur Bombardierung Irans kommen, würden die diplomatischen Handlungsspielräume der Bundesregierung zur Konfliktbeilegung durch einen Militäreinsatz im Libanon erheblich eingeschränkt werden.

Was nötig wäre

Notwendig wäre aktuell die Wiedergutmachung der Schäden im Libanon durch die israelische Regierung sowie der Zerstörungen in Israel durch die Hisbollah, eine neue Initiative für einen Nahost-Friedensvertrag zwischen Israelis und Palästinensern, die Einbeziehung Syriens samt der Rückgabe der Golan-Höhen sowie eine Konferenz für eine ABC-waffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten, die sowohl Israel als auch Iran einschließt.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes



www.pixelquelle.de

Barrikaden und Proteste in Bangladeschs Textilindustrie

Im Mai 2006 erschütterten massive Unruhen die Textil- und Bekleidungsindustrie Bangladeschs: Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter legten ihre Arbeit nieder und protestierten gegen skandalöse Arbeitsbedingungen und die Unfähigkeit der Politik in dieser Frage.

Die Unruhen begannen, als die koreanische Firmenleitung von Universal Garment nicht auf die Forderungen der ArbeiterInnen nach besseren Arbeitsbedingungen (u.a. kein 14-Stunden-Tag mehr) reagierte. ArbeiterInnen, die daraufhin unplanmäßige Arbeitsniederlegungen beginnen wollten, wurden zum Teil von den Firmenleitungen daran gehindert. Das führte zum Ausbruch gewaltsamer Proteste: Die protestierenden ArbeiterInnen der Freien Exportzone Savar (in der Nähe der Hauptstadt Dhaka) zerstörten Busse und Autos, versperrten mit Barrikaden wichtige Einfallstraßen in die Hauptstadt und setzten schließlich zwei Fabriken in Brand. In den Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Lage beruhigen sollte, wurden mehr als hundert Menschen verletzt, drei Menschen wurden getötet.



www.bangladesh-web.com

Die Lage blieb unruhig und kam Mitte Juni zu einem neuen Höhepunkt, als mehrere tausend ArbeiterInnen der Youngone Group in der gleichen Freien Exportzone mehrere Stunden lang drei Mitglieder der Firmenleitung gefangen hielten. Einer von ihnen hätte eine schwangere Arbeiterin verprügelt. Bei den dann ausbrechenden Unruhen wurden 30 Menschen verletzt.

...ein Lohn, von dem man leben kann

Die Wut der Protestierenden galt den skandalösen Arbeitsbedingungen, die Belayet Hossain, einer ihrer Anführer, so beschrieb: Die ArbeiterInnen wollten einen freien Tag pro Woche und nicht gezwungen werden, an sieben Tagen pro Woche bis tief in die Nacht hinein Überstunden zu leisten. Sie wollten einen Lohn, von dem man leben kann, und dafür sei eine Anhebung des Mindestlohnes unbedingt notwendig.

Zum Zeitpunkt des Protestes lag der gesetzliche Mindestlohn bei 930 Thaka - und das unverändert seit zwölf Jahren. 930 Thaka ent-

sprachen im Jahr 1994 ca. 30 US-\$. Bedingt durch den Wertverfall des Thaka entspricht diese Summe aber im Jahr 2006 nur noch 16 US-\$. Für Überstunden gibt es oft keine Bezahlung und viele Firmenleitungen halten den zustehenden Lohn zwei Monate lang zurück. Aminur Rahim vom Anti-Sweatshop-Movement in Bangladesch berichtete von einer Firma, die für 29 Arbeitstage pro Monat bei 12 Stunden täglicher Arbeitszeit nur 400 Thaka Lohn zahle (= 6 US-\$) und bezeichnet dieses System als brutal. In den Unruhen sieht er die Chance, die zersplitterte Gewerkschaftsbewegung zu einen.

Solidarität und Runde Tische

Wäre die Bekleidungsindustrie nicht so wichtig für Bangladesch, hätten die ArbeiterInnen wohl kaum eine Erfolgsperspektive mit ihren Protesten gehabt. Aber da die Bekleidungsindustrie ca. 2 Millionen Menschen (davon 90 % junge Frauen) beschäftigt und 75% der Exporterlöse Bangladeschs erwirtschaftet, ist eine reibungslose Produktion von zentraler Bedeutung.

Zunächst reagierten die betroffenen Firmen zwar mit Aussperrung: Sie zogen in die Hauptstadt, um dort politische und polizeiliche Unterstützung für mehr Sicherheit in ihren Fabriken zu gewinnen. Ihre Fabriken schlossen sie und sperrten dadurch alle ArbeiterInnen aus, ob sie sich nun an den wilden Streiks beteiligt hatten oder nicht.

Doch es wurde auch ein Runder Tisch aus Arbeitgebern, Regierung und Gewerkschaften gebildet, der sich auf ein 10-Punkte-Programm zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen einigen konnte. Da in diesem Programm aber nicht alle Forderungen der Gewerkschaften aufgenommen wurden, vor allem nicht der nach deutlicher Erhöhung des Mindestlohnes, kündigten diese weitere Proteste an.

Die Gewerkschaften stellten einen eigenen Forderungskatalog auf (s. Kasten). Die nach den Unruhen eigens eingesetzte „Nationale Lohnkommission zur Festlegung eines Min-

Aus dem Forderungskatalog der Gewerkschaftsplattform

Minimaler Basislohn von 3.000 Thaka, Inflationsausgleich und Überprüfung der Löhne alle vier Jahre

48-Stunden Woche und keine Verpflichtung, mehr als 60 Stunden zu arbeiten, Überstundenzuschläge

Umsiedelung von mehrstöckigen Fabriken, Sicherung dreistöckiger Gebäude und keine Baugenehmigung für neue mehrstöckige Fabriken

Bau von Arbeiterwohnungen in den Industriezonen durch Regierung und Unternehmer

Vereinigungsfreiheit in Übereinstimmung mit den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation und Partizipationskomitees in den Fabriken

Arbeitsverträge für jedeN ArbeiterIn

16 Wochen Mutterschutz, Kündigungsschutz während der Schwangerschaft

destlohnes in der Bekleidungsindustrie“ konnte sich derweil immer noch nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen: Während die Gewerkschaften eine Erhöhung des Mindestlohnes auf einen Basisatz von 3000 Thaka fordern, wird in der Lohnkommission eine dreistufige jährliche Erhöhung von 1.604 Thaka über 1.890 Thaka auf 2.117 Thaka im Sommer 2008 diskutiert.

Ein Anfang ...

Durch den andauernden massiven Widerstand der ArbeiterInnen gegen immer schlechter werdende Arbeitsbedingungen scheinen zwei Dinge erreicht: Zum einen kann die Ausbeutung williger ArbeiterInnen (zur Zeit) nicht mehr stillschweigend geschehen, sondern ist politisches Thema. Überlegungen zur Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Textil- und Bekleidungsindustrie in Zeiten der Liberalisierung können nicht ohne den Aspekt der Sozialstandards angestellt werden. Zum anderen haben die „unkontrollierten“ Unruhen zu einer neuen Kooperation unter den zahlreichen Gewerkschaften in Bangladesch geführt und Selbstbewusstsein und Widerstandswillen der ArbeiterInnen gestärkt. Das ist immerhin ein Anfang.

Sabine Ferenschild

Treffen der G8: Heiligendamm 2007

WTO – Weltweit Taube Ohren?

Die Kampagne „Gerechtigkeit jetzt“ will bis zum G8 Gipfel unter dem Motto „WTO – Weltweit Taube Ohren“ Zeichen für mehr Gerechtigkeit im Welthandel setzen. Der G8-Gipfel soll aufgrund seiner großen öffentlichen Wahrnehmung genutzt werden, um die Forderungen der Kampagne durch öffentlichen Druck auf die G 8 – TeilnehmerInnen umzusetzen. Diese Forderungen sind:

- Kein Ausverkauf der Wasserversorgung an Konzerne
- Demokratische Kontrolle der deutschen Welthandelspolitik
- Umweltschutz vor Freihandel
- Ernährung weltweit sichern

- Die Verhandlungen über Industriegüter, Fischerei- und Holzprodukte (NAMA) müssen gestoppt werden.

Teil der Kampagne sind

- 13.-15.10.2006 Aktionswochenende zur dezentralen Aktionseröffnung
- 20./21.10.2006 Internationale Aktionskonferenz 2006: Handel Gerecht Weltweit. Rheinisches Landesmuseum Bonn

Infos:

www.gerechtigkeit-jetzt.de
www.weltweit-taube-ohren.de

Block G8!

Für massenhafte Blockaden des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm

In der inhaltlichen Kritik an den G8-Gipfeln geht es immer wieder um die Frage der fehlenden Legitimität. Schon die Konstruktion der G8 als Gruppe der acht mächtigsten und wirtschaftsstärksten Staaten der Erde verweist auf deren fehlende demokratische Grundlage. Es werden Absprachen und Beschlüsse von globaler Bedeutung getroffen, ohne dass die überwiegende Zahl der von diesen Entscheidungen Betroffenen in irgendeiner Weise repräsentiert wäre. Aber der G8 fehlt es nicht nur an einer demokratischen Legitimation, sondern auch an einer politisch-inhaltlichen.

Die von der G8 dominierte Welt ist eine Welt der Kriege, der Armut und des Elends, des weltweiten Angriffs auf soziale und demokratische Rechte, der fortwährenden Umweltzerstörung und der im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen den Terror“ praktizierten Politik der Entrechtung und der Folter. All dies nicht trotz, sondern wegen der Politik der G8-Staaten – darüber können die Alibi-beschlüsse der G8 zum Schuldenerlass oder der angeblichen „Hilfe für Afrika“ nicht hinwegtäuschen.

Uns geht es nicht darum, dass auf den G8-Gipfeln andere Beschlüsse gefasst werden sollten, sondern wir stellen die G8 und ihre Politik insgesamt in Frage. Wir sprechen der

G8 jede Legitimation ab. Dieses deutliche „Nein“ spiegelt sich auch in unseren Protestformen wider.

Für die Perspektive einer Globalisierung von unten und einer Welt der Solidarität, der Demokratie, des Friedens und des Respekts vor den natürlichen Lebensgrundlagen, sind inhaltliche Konzepte und die Mobilisierung einer großen Zahl von DemonstrantInnen notwendig, aber bei weitem nicht ausreichend. Zu den guten Argumenten muss der symbolische und praktische Bruch mit dem Machtanspruch der G8 hinzutreten, um deutlich und erfahrbar zu machen, dass wir weit mehr tun wollen, als nur Protest anzumelden. Es geht um die praktische Delegitimierung, um den aktionsförmigen Ausdruck davon, dass wir die Macht der G8 nicht anerkennen, dass wir uns ihr aktiv verweigern, in den Weg stellen. Es geht damit letztlich um die Aneignung der kollektiven Gestaltung unserer Zukunft.

Unser Ziel sind Blockaden, an denen sich tausende von Menschen aus unterschiedlichen politischen und kulturellen Spektren und unterschiedlicher Aktionserfahrungen beteiligen, die sich in den Aktionen nicht nur gegenseitig respektieren und tolerieren, sondern tatsächlich zum gemeinsamen Handeln finden. Dazu braucht es keine „Helden“, sondern den Mut, der aus der Solidarität und Kollektivität vieler entsteht. Unsere Aktionsplanungen orientieren sich daher gerade nicht an den Bedürfnissen der vermeintlich Entschlossensten und Radikalsten.



Auch wenn die Blockaden eine symbolische Bedeutung als ein Zeichen von Widerstand und sozialen Ungehorsam haben, geht es uns nicht um rein symbolische Aktionen. Unser Ziel ist, den G8-2007 real zu blockieren und von seiner Infrastruktur abzuschneiden. Wir werden Punkte besetzen, die von dem riesigen Tross von Zulieferern, ÜbersetzerInnen, einfachen Delegationsmitgliedern usw. passiert werden müssen – und wir werden diese Punkte nicht freiwillig wieder verlassen. Wir suchen jedoch nicht die Konfrontation mit der Polizei, da es unser Ziel ist, lang andauernde und massenhafte Blockaden zu ermöglichen und eine Situation zu schaffen, die von möglichst allen BlockiererInnen als kalkulierbar und transparent empfunden wird.

Aufrufende: Antifaschistische Linke Berlin; Avanti – Projekt undogmatische Linke; Grüne Jugend (Bundesvorstand), X-tausendmal quer, sowie AktivistInnen aus: Attac, Solid und der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion (Wir sind ansprechbar per E-Mail an blockade@g8-2007.de)

Nächste Aktionskonferenz:

10.-12.11.06, ab 19h, Universität Rostock, WiSo Fakultät, Ulmenstr. 69,

II. Internationale Aktionskonferenz zum G 8 – Gipfel 2007

Treffen der G8 in Heiligendamm 6.-8. Juni 2007

Infos:

www.heiligendamm2007.de
www.g8-germany.info

Oktober

13.-15.10., Heddert

Partnerschaftswochenende Bolivien

Infos: DPSG, www.dpsg-trier.de

Sa., 14.10. 2006, Region Saar-Hochwald

Bolivien-Kleidersammlung des BDKJ

Infos: www.bdkj-trier.de

27.-29.10., Katholische Akademie, Trier

„Echt gerecht - clever einkaufen!“ Wochenendseminar für Frauen

Veranstalter: KAB Trier

Infos: Anja Loch, KAB, Weberbach 70, 54290 Trier, Tel.: (06 51) 9 70 85 – 14

27./28.10., Ökumenisches Bildungszentrum sancta clara, Mannheim

Wie weiter nach Freising und Porto Alegre?

Optionen eines künftigen Engagements für gerechten Frieden

Tagung von KAIROS Europa in Kooperation mit dem Ökumenischen Netz in Deutschland (ÖNiD)

Anmeldung: Kairos Europa, Hegenichstr. 22, 69124 Heidelberg, Fax: 06221-716006, E-mail: info@kairoseuropa.de

Im Anschluss:

Jahrestagung des Ökumenischen Netzes in Deutschland

31.10., Siegburg, 11-16h

Liberalisierung und Sozialstandards. Globale Auswirkungen der Liberalisierung im Welttextilhandel

Fortbildung für MultiplikatorInnen und Interessierte

Referentinnen: Ingeborg Wick / Sabine Ferenschild

Veranstalter: Südwind e.V., Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar, Kampagne für Saubere Kleidung

Infos: Netzbüro, Tel.: (0 26 31) 35 41 40

November

So., 5.11., 15h, Wassersümpfchen 23, Bad Kreuznach

10 Jahre Netz am Turm – Lassen Sie sich überraschen!

Infos: www.netzwerk-am-turm.de

Di., 7.11., 19.30h, Gemeindehaus Ev. Marktkirche Neuwied

Verschuldung Equadors

Vortrag von Hugo Arias vom Entschuldungsbündnis LATINDADD aus Ecuador

Veranstalter:

EIRENE, Ev. Marktkirche, Ökumenisches Netz

Mi., 8.11., 18h, VHS Neuwied, Heddesdorfer Str. 33

Sozialstandards und öffentliche Beschaffung

Handlungsmöglichkeiten für Kommunen

Referentin: Sabine Ferenschild / Ökumenisches Netz

Veranstalter: Lokale Agenda 21 Neuwied

Infos: Martina Richard / EIRENE,

Tel.: (0 26 31) 83 79 – 0

10.-24.11., Bad Kreuznach

„Die im Dunkeln sieht man nicht ... vergessene Opfer und Konflikte“.

Friedenswochen, koordiniert vom Netzwerk am Turm

Infos: www.netzwerk-am-turm.de

Sa., 11.11.06, 9.30-15h, Ev. Gemeindehaus Polch

Fluchtursachen schaffen, Flüchtlinge bekämpfen. Die Sicherheitspolitik von EU und G 8

Netzversammlung mit anschl. Mitglieder- versammlung

(s. Einladung letzte Seite)

Di, 21.11., 19.30h, Christuskirche Koblenz

Sozialforum Koblenz

Infos: Netzbüro

Di, 28.11., 19.30h, Christuskirche Koblenz, Friedrich-Ebert-Ring

Tanzania – die Grenzen der Globalisierung

Referentin: Christiane Strauch / Tanzania

Veranstalter: KHG Koblenz,

Ökumenisches Netz Infos: Netzbüro

Februar

Sa., 3.2., Trier

Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht

Der ökumenische Bekenntnisprozess der Kirchen (processus confessionis) zur neoliberalen Globalisierung

Studientag des Katholikenrates im Bistum Trier

Referenten: Prof. Dr. Ulrich Duchrow / Heidelberg, Prof. Dr. Franz Segbers / Frankfurt a.M.

Veranstalter: Katholikenrat im Bistum Trier in Kooperation mit Gemeindedienst für Mission und Ökumene Saar und Wied

3./4.2. 2007, Haus der Jugend / Bitburg

Der alternative Kleidermarkt „Second Hemd & Hose“ des BDKJ Trier

Infos: www.2nd-hemd.de

März

Sa., 10.3.2007, Region Koblenz und Rhein Mosel Ahr

Bolivien-Kleidersammlung des BDKJ

Infos: www.bdkj-trier.de

Sa., 24. März 2007, Region Rhein-Hunsrück-Nahe

Bolivien-Kleidersammlung des BDKJ

Infos: www.bdkj-trier.de

Impressum:

Netz-Telegramm Oktober 2006

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes, Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied, Tel. (0 26 31) 35 41 40 · Fax (0180 50) 60 33 59 93 76 e-mail: info@oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz, Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des ABP, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

Oktober 2006

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch



Einladung

Das Ökumenische Netz lädt ein zur Tagung

„Fluchtursachen schaffen, Flüchtlinge bekämpfen – Die Sicherheitspolitik der EU und der G8“

am Samstag, den 11. November 2006, 9.30-15h
Ev. Gemeindezentrum Polch, Uhlandstr. 9

Butter aus Europa ist in Marokko billiger als einheimische. Französische Tiefkühlpoulets sind im Senegal günstiger als eigenes Federvieh. An Westafrikas Küsten hungern FischerInnen, während schwimmende Fischfabriken aus Europa ihre dort gemachten Fänge auf den Kanarischen Inseln entladen, die unter dem Ansturm verarmter AfrikanerInnen stöhnen.

Während immer mehr Menschen weltweit vor Verarmung und Enteignung fliehen, behandelt die EU im Konzert der G8 illegale Migration als eine zentrale globale Bedrohung, auf die sicherheitspolitische Antworten nötig seien: Aufrüstung an den Außengrenzen, Internierung im Inneren, „effiziente“ Abschiebungen und Externalisierung von Lagern sind diese Antworten. „Tolerant“ sind EU und G 8 nur, wo sich legale oder illegale MigrantInnen als „nützlich“ sprich als notwendige oder billige Arbeitskräfte erweisen.

Diese konkrete, menschenbedrohende Politik auf ihre innere Logik und die Interessen der verschiedenen Akteure hin zu betrachten, ist Anliegen der Veranstaltung. Aus dieser Diskussion heraus wollen wir mit Blick auf den G8-Gipfel in Heiligendamm (Juni 2007) gemeinsame Handlungsmöglichkeiten überlegen.

9.30h	Ankunft und Kaffee
10h	Begrüßung/Einstimmung in den Tag
10.15h	Fluchtursachen schaffen, Flüchtlinge bekämpfen – Die Sicherheitspolitik der EU und der G 8 Referat: Karl Kopp / Europareferent von Pro Asyl Anschl. Diskussion
12.30h	Mittagessen
13.30h	Von Demonstrationen und Blockaden – Handlungsmöglichkeiten mit Blick auf den G 8 -Gipfel
14.45h	Kaffeepause
	Ende gegen 15h

Im Anschluss lädt das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar seine Mitglieder und alle Anwsenden am gleichen Ort ein zu seiner

Mitgliederversammlung

Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung:

1. Berichte (Finanzbericht, politischer Bericht)
2. Wahlen zum Geschäftsführenden und Erweiterten Vorstand sowie des Kassenprüfers
3. Beschlüsse
4. Verschiedenes

Wegbeschreibung zum Ev. Gemeindezentrum Polch

Mit der Bahn

Anreise bis Koblenz Hbf. bis 9.15h, von dort organisieren wir einen Abholdienst (bitte bei der Anmeldung mitteilen, ob Sie den Abholdienst benötigen)

Mit dem PKW

A 48 Abfahrt Polch

- ◆ Am Ende der Abfahrt links Richtung Polch
- ◆ Durch 2 Verkehrskreisel hindurch weiter Richtung Polch
- ◆ Nach 2 Unterführungen am Ortseingang macht die Vorfahrtsstraße eine scharfe Biegung nach rechts.
- ◆ Dort links abbiegen in die Straße Am Bahnhof (Kopfsteinpflaster), nach der scharfen Rechtskurve die 4. Straße rechts abbiegen in die Uhlandstr.
- ◆ Nach der Kreuzung der Lessingstraße ist das erste Gebäude auf der rechten Seite das Gemeindezentrum, Uhlandstraße 9

Anmeldung bitte bis zum 9. 11. 2006 an das Büro des Ökumenischen Netzes:

Pfarrer-Werner-Mörchen Str. 1

56564 Neuwied

Tel.: (0 26 31) 35 41- 40

E-Mail: info@oekumenisches-netz.de

